

Rundschlag

VON THORSTEN HAUL

Mautpflicht für Snowden

Um es am besten gleich vorneweg zu nehmen: Natürlich wäre bei einem Aufenthalt von Edward Snowden in Deutschland auch eine Maut fällig, falls diese denn käme und er mit dem Auto unterwegs sein sollte.

Die Spionage-Affäre rund um den durchleuchteten Internet-Datenverkehr, das offensichtliche Horch und Lausch der US-amerikanischen und britischen Botschaft sowie die ausgespähten Einzelverbindungsdaten der Kanzlerin stellen aber sozusagen nur die „analoge“ Komponente der heutigen Möglichkeiten dar.

Hier ein kurzer „digitaler“ Fakt zum Thema RFID-Chip, der sich schon heute in vielen Varianten im Einsatz befindet. RFID steht für „Radio-frequency identification“ und es handelt sich nunmehr um einen Radiofrequenz-Transponder, der es mit Hilfe elektromagnetischer Wellen ermöglicht, Gegenstände und Lebewesen zu identifizieren und zu lokalisieren.

Im Einsatz befindet er sich zum Beispiel in einer texanischen High School, die mit diesem Funkchip feststellt, ob sich alle Pennäler auf dem Schulgelände aufhalten, denn die Schule wird durch Fördergelder finanziert. Und das hängt mit der Anzahl und Anwesenheit der Schüler zusammen.

Warum so kompliziert? Schon 2012 verblüffte die BBC die Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, jedem Neugeborenen so einen Chip einzupflanzen, der ein ganzes Leben lang im Körper verbleibt! Dann seien Verwechslungen ausgeschlossen, hätte sehr viele Vorteile und werde in Zukunft sowieso geschehen. In Ballungsgebieten (und auf Schlachtfeldern) könnten beispielsweise S21-Freunde von S21-Feinden sicher unterschieden werden. Waffen könnten im Krieg so programmiert werden, nur noch die bösen (?) Jungs zu töten.

Da es keine Anonymität mehr gebe, steige auch das Verantwortungsgefühl der Menschen. So viel dazu.

Versicherungen könnten in Zukunft unter Umständen die Prämien entsprechend den Lebensgewohnheiten (meist wohl nach oben) anpassen. Wehe aber man kauft zu viele ungesunde Kartoffel-Chips (!) oder gar Zigaretten! Dann wird es schnell teuer.

Wenn Sie shoppen gehen, weiß der Verkäufer sofort, welchen Geschmack Sie haben, denn Ihre Cookies auf dem Smart-Phone sollten immer aktiviert sein und die sozialen Netzwerke tun selbstredend ihr Übriges.

Der im Körper implantierte RFID-Chip könnte auch mit digitalem Geld aufgeladen werden. Dann würde der Verkäufer sofort wissen, welche Preisklasse Sie repräsentieren, welche Ware er Ihnen zeigen könnte und welche er besser gar nicht erst hervorholt.

In Kombination mit den Maut-Daten, die natürlich nur zur Verbrechensbekämpfung verwendet werden, könnten zusätzlich Bewegungsmuster erstellt, Kaufgewohnheiten eruiert, Verhaltensweisen aufgedeckt und mit Hilfe des Freundeskreises Ihr wahrscheinlichstes Persönlichkeitsprofil erstellt werden, das es je gab!

Der RFID-Chip findet heute seinen Einsatz beispielsweise in Kleidungsstücken, im Funkschlüssel eines Autos, in Eintrittskarten bei Fußballspielen, in EU-Ausweispapieren, in Kundenkarten, Ski-Pässen sowie bei Mitarbeiterausweisen und in der Bahncard 100.



Der RFID-Chip. Bild: Fotolia

„Alles wissen!“ – das war das Motto der Staatssicherheit der DDR. „Know everything“ – das scheint heute aktueller denn je zu sein.

EXTRA: Windkraft im Remstal

Der Wind trägt viele Gerüchte weiter

Eine Informationsfahrt des Waiblinger Gemeinderates zum Windanlagenhersteller Enercon führt zu Spekulationen

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MARTIN WINTERLING

Waiblingen.

Lustreise? Von wegen. Der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky betont, dass es sich um eine Informationsfahrt des Gemeinderates gehandelt habe. Und diese fand aus guten Gründen nach Aurich statt, wo der größte deutsche Hersteller von Windrädern seinen Sitz hat. Für Spekulationen sorgte, dass die Stadt nichts über den Ausflug nach Ostfriesland berichtete.

Auf der Buocher Höhe sprießen statt Windrädern die Gerüchte. Warum, fragen sich die Gegner des dort geplanten Windparks, fährt der Waiblinger Gemeinderat mit mehr als 60 Leuten nach Ostfriesland? Es müsse wohl ziemlich schlecht um die Windräder im Remstal stehen, wenn eine derartige Fahrt notwendig ist. Und warum steht über den Besuch nichts in dieser Zeitung – wohl aber in der Ostfriesischen Zeitung? „Was steckt dahinter?“, fragt sich Günter Möss, einer der Aktivisten der Bürgerinitiative „Schützt die Buocher Höhe“.

Andreas Hesky zeigt sich gelassen. Eigentlich sei ein Bericht vorgesehen gewesen. Aber im Trubel um die Wahl des ersten Bürgermeisters Martin Staab zum Oberbürgermeister von Radolfzell und einem kurzen Leserbrief in unserer Zeitung sei dieser vergessen worden. „Wir müssen nichts geheimhalten.“ Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass sich ein Gemeinderat sachkundig machen darf. Und ebenso selbstverständlich sei es, dass das Gremium einmal in der zu Ende gehenden Legislaturperiode einen Ausflug unternehme.

„Zu dieser Reise kann man stehen“

Freilich war bei der Planung der Fahrt nicht absehbar, dass sich die politischen Bedingungen für Windräder im Binnenland verschlechtern könnten. Die Fahrt habe auf Wunsch des Gremiums stattgefunden. Und Windkraft passe zu den aktuellen Themen in der Stadt: „Zu dieser Reise kann man stehen.“ Bezahlt wurde die dreitägige Reise im Übrigen von der Stadt – und vom Regierungspräsidium genehmigt. Die Partner der Gemeinderäte seien auf eigene Kosten mitgefahren. Nicht einmal die Essen seien spendiert worden, bis auf das ostfriesische kalte Büfett beim Empfang im Auricher

Enercon und Mafia

Auf dem Programm der Informationsfahrt des Waiblinger Gemeinderates standen außer den Besichtigungen des Windanlagenherstellers Enercon und der mit 135 Meter Nabenhöhe größten Anlage E-126 in Aurich-Georgsfeld weitere Programmpunkte. So der Besuch der Kunsthalle in Emden, mit der die Waiblinger Galerie Stahl bei der Nolde-Ausstellung kooperiert hatte. Emden und Waiblingen seien die einzigen Städte, in denen Galerie und Kunstschule zusammenarbeiten.

Verblüfft zeigte sich Andreas Hesky gestern über die mutmaßlichen Verstrickungen von Enercon in die Geschäfte der Mafia. „Mafia-Spur führt ins Emsland“, schrieben die Ostfriesischen Nachrichten am Mittwoch nach Durchsuchungen auch bei Enercon. Der Verdacht: Hinter einem 225 Millionen Euro teuren Windpark in Kalabrien mit 48 Windmühlen von Enercon steckt die Mafia, die auf diese Weise illegal erworbenes Geld waschen wollte. Die italienischen Behörden haben den gesamten Windpark beschlagnahmt.



Der Waiblinger Gemeinderat mit OB Andreas Hesky (links) informierte sich in Ostfriesland über Windkraft. Auf dem Programm stand auch die Besichtigung des mit 135 Meter Nabenhöhe größten Windrades von Enercon bei Aurich. Bild: Privat

Rathaus. – Hesky selbst war nicht das erste Mal bei Enercon in Aurich, sondern bereits zum dritten Mal. Vier Fragenkomplexe hätten bei der Besichtigung von Enercon im Mittelpunkt gestanden, zumal deren Windräder bei den Planungen als mögliche Kraftwerke unterstellt worden sind.

Erstens Lärm: Enercon sei dabei, leisere Rotoren zu entwickeln, deren Wirkungsweise vom Eulenflügel abgeleitet werde. Zweitens Seltene Erden: Enercon-Anlagen kommen ohne dieses zum Teil unter unmenschlichen Bedingungen geförderte Material aus, da sie ohne Permanentmagneten auskommen. Drittens Wertschöpfung: Windparks schaffen Arbeitsplätze vor Ort. Nicht nur bei Zulieferbetrieben von Enercon wie Ruckh in Korb oder Kries-Energie-technik in Waiblingen-Beinstein, sondern auch beim Bau und während des Betriebs. Viertens Wirtschaftlichkeit: Hesky räumt

ein, dass Windanlagen im Binnenland 2013 vom Ertrag gesehen ein schlechtes Jahr erwischten haben. Umso interessanter sind die Ideen von Enercon, Anlagen zu entwickeln, die speziell auf schwachwindige Gebiete zugeschnitten sind und dank größerer Rotoren längere Laufzeiten ermöglichen. „Die vier Punkte sind ein Informationsgewinn“, so Hesky.

Windkraft hierzulande steht und fällt mit der Wirtschaftlichkeit. Bei einem Ja des Verbandes Region Stuttgart zu einem Windpark auf der Buocher Höhe stehe der Gemeinderat in der Verantwortung, sich für oder gegen Windräder zu entscheiden und damit vor der Frage, ob den investierenden Kommunen, Bürgerenergiegenossenschaften und Privatleuten die Wirtschaftlichkeit gewährleistet werden könne. Umso mehr ärgert Hesky die aktuelle Debatte über das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

setz in den Koalitionsgesprächen zwischen CDU/CSU und SPD. Gerade Windanlagen im Binnenland müssten gefördert werden und nicht die sowieso wirtschaftlichen Windparks an oder in Ost- und Nordsee.

„Die Politik, wie sie gerade aus Berlin kommt, grenzt an Verdummung“, sagt Hesky. Wie soll die Energiewende funktionieren, fragt er sich, wenn aus der Atomkraft ausgestiegen werden soll, gleichzeitig Nein zu Kohle-, Öl- oder Gaskraftwerken gesagt – und der Ausbau der Windenergie gestoppt wird! Mit der Blockade der Windräder werde zudem die Technologieführerschaft der deutschen Firmen auf diesem Gebiet infrage gestellt. So wie die Energiewende derzeit in Berlin – und aus seiner Sicht auch in Stuttgart – betrieben werde, führt sie geradezu in ein „Energiechaos“, an dessen Ende man froh ist, wenn die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert werden.

„Wir vergeuden Steuergelder“

Die Windkraftgegner von der Buocher Höhe lassen nicht locker

Waiblingen/Korb (wtg).

Sie könnten sich angesichts der politischen Entwicklung ganz ruhig zurücklehnen und auf die Pläne der künftigen Koalition setzen, Windräder im Binnenland nicht mehr zu fördern. Doch die Aktivisten der Bürgerinitiative „Schützt die Buocher Höhe“ trauen dem Frieden nicht.

Die Zeichen stehen gegen den Windpark auf der Buocher Höhe. Stefan Eick aus Breuningsweiler stimmt dem Einwand zu, dass mit einem geänderten Erneuerbare-Energien-Gesetz das Aus für Windräder auf der Buocher Höhe droht. Er weist auf zwei weitere Punkte hin, die gegen Windanlagen sprechen. Zum einen die neueren Erkenntnisse über die tatsächlichen Windgeschwindigkeiten in Baden-Württemberg, die deutlich unter denen im Windatlas liegen. Zum anderen die „Streckennavigationsanlage“ in Affalterbach, deren Funkfeuer Flugzeuge nach Echterdingen geleitet. Eine europäische Richtlinie schreibe ausdrücklich einen Abstand von 15 Kilometern zu Windrädern vor, sagte Thomas Düser aus Buoch bei einem Pressegespräch. Die Buocher Höhe aber ist nur 8,5 Kilometer Luftlinie von der Affalterbacher Anlage entfernt.



Günter Möss, Stefan Eick und Thomas Düser.



Bilder: Habermann

Umso mehr ärgert sich Stefan Eick, dass die Planungen der Stadt Waiblingen weiter vorangetrieben werden. Für ihn passt die Fahrt des Waiblinger Gemeinderates zum Windradhersteller Enercon in Aurich in das Bild. „Wir vergeuden Steuergelder“, sagt Thomas Düser. Geld für die Planungen, Geld für die Windmessungen.

Nicht nur für die Buocher Höhe, sondern für fast alle Windräder im schwachwindigen Baden-Württemberg stimmen die Prognosen für die Windgeschwindigkeiten nicht, betonte Günter Möss aus Breuningsweiler. „Es bestätigt sich, was wir von Anfang an gesagt haben.“ Von den Prognosen des Windatlas müssten deutliche Abstriche

gemacht werden. „Egal, wo man hinget.“ Weitere Messungen könnte man sich eigentlich sparen, befindet Möss.

Der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky würde gerne messen, wie viel Wind wirklich auf den Höhenzügen des Remstals weht. Er muss aber das grundsätzliche Ja des Verbandes Region Stuttgart zum Windpark abwarten, um den Mast für die Messung aufzustellen. Eine Forderung der Windkraftgegner, wie er betont. Eine Forderung, die ihm keineswegs logisch erscheint. „Man will nicht wissen, wie stark der Wind weht“, vermutet Hesky über die Motive der Windkraftgegner und fragt: „Haben sie Angst?“

Die müssen sie nicht haben, zeigen sich Düser, Eick und Wöss gewiss, dass sie auf der richtigen Seite sind. Auch wenn es keiner hören wolle, so trage die Windkraft keineswegs zur Klimaschutz bei. Wenn nämlich der Wind nicht bläst, dann seien konventionelle Kraftwerke am Netz, allen voran die mit Kohle betriebenen.

Kompakt

Kreisführungen in den Rems-Murr-Kliniken

Waiblingen/Schorndorf. Die Rems-Murr-Kliniken bieten im Dezember für alle werdenden Eltern wieder Kreisführungen an: Am Donnerstag, 5. Dezember, und Donnerstag, 19. Dezember um 18.30 Uhr in der Rems-Murr-Klinik Waiblingen und am Donnerstag, 5. Dezember, 19.15 Uhr in der Rems-Murr-Klinik Schorndorf (Veranstaltungsraum Gesundheitszentrum). Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

In Kürze

Waiblingen. Am Montag, 9. Dezember, steht der Bundestagsabgeordnete Dr. Joachim Pfeiffer Bürgern während einer Telefonsprechstunde von 13 bis 14 Uhr zur Verfügung: ☎ 0 71 51 / 9 66 40 02.

Strompreisanstieg bremsen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer fordert eine grundlegende Reform des EEG

Waiblingen.

„Der Anstieg der Stromkosten aufgrund des starken Ausbaus der erneuerbaren Energien hält an“, schreibt der Waiblinger Bundestagsabgeordnete Dr. Joachim Pfeiffer in einer Mitteilung. Nachdem bereits im Oktober ein Anstieg der EEG-Umlage auf rund 6,24 Cent/kWh für das Jahr 2014 bekanntgegeben wurde, werde sich laut aktueller Prognose der vier Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage auch im darauffolgenden Jahr 2015 weiter erhöhen und sich der Grenze von sieben Cent je Kilowattstunde nähern. Hinzu kommen noch in den nächsten Jahren steigende Kosten

durch den notwendigen Netzausbau, die Vorhaltung von Reservekraftwerken, Entschädigungsleistungen für Offshore-Windparks und so weiter.

Angesichts dieser alarmierenden Entwicklung gelte es, energisch gegenzusteuern. Die Maßnahmen, die bisher diskutiert werden, reichen allenfalls aus, den gegenwärtigen Kostenanstieg etwas abzumildern. Sie reichen aber nicht aus, um den Kostenanstieg wirklich zu stoppen, geschweige denn die Energiepreise wieder zu senken. Weitergehende Schritte sind notwendig, etwa ein strikter verbindlicher Ausbaukorridor für die erneuerbaren Energien bis

2020, der nicht – wie in den letzten Jahren geschehen – regelmäßig überschritten werden darf. Als Sofortmaßnahme ist weiterhin die Direktvermarktung für alle Neuanlagen umgehend verpflichtend einzuführen.

Der anhaltende Anstieg der Strompreise belastet Haushalte und Wirtschaft erheblich und droht die Akzeptanz der Energiewende zu gefährden, so Pfeiffer weiter. Im Jahr 2014 wird die Belastung der Haushalte und der Wirtschaft durch „die ausufernde Subventionierung der erneuerbaren Energien“ bereits rund 24 Milliarden Euro betragen. Für die deutschen Unternehmen wird der Wettbewerbsnachteil gegenüber

der internationalen Konkurrenz immer größer. Es drohen eine Verlagerung von Betrieben ins Ausland und ein Verlust von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

Angesichts der Tatsache, dass heute bereits rund ein Viertel des in Deutschland erzeugten Stroms aus Wind, Sonne und anderen erneuerbaren Quellen stammt, sei die derzeitige Praxis der Vollsubventionierung der erneuerbaren Energien nicht mehr zu rechtfertigen. „Erneuerbare Energien sind kein Nischenprodukt mehr und müssen auf eigenen Beinen stehen“, fordert Pfeiffer eine grundlegende Reform des EEG nach marktwirtschaftlichen Kriterien.